

Exilierte Bangladesch-Premierministerin Hasina: Wahlverbot für ihre Partei

Bangladeschs Wahlkommission hat die Registrierung der Awami Liga von Ex-Premierministerin Sheikh Hasina annulliert. Die Entscheidung folgt auf ein Verbot ihrer Aktivitäten durch die Übergangsregierung.



In Dhaka, Bangladesch, hat die Wahlkommission des Landes die Registrierung der ehemaligen Regierungspartei der abgesetzten Premierministerin Sheikh Hasina annulliert. Diese Entscheidung verhindert, dass die Partei an den nächsten nationalen Wahlen teilnehmen kann, die voraussichtlich bis Juni nächsten Jahres stattfinden sollen.

Offizielle Bekanntgabe und Hintergrund

Die Entscheidung wurde am Montag bekannt gegeben, nur wenige Stunden nachdem die Übergangsregierung unter der

Leitung des **Nobelpreisträgers Muhammad Yunus** eine offizielle Mitteilung veröffentlicht hatte, die der Awami League und ihren angeschlossenen Organisationen jegliche Online- und andere Aktivitäten untersagte. Diese Bekanntgabe erfolgte zwei Tage nachdem das Übergangskabinett beschlossen hatte, alle Aktivitäten der Partei gemäß dem Anti-Terrorismusgesetz des Landes zu verbieten, bis ein Sondertribunal den Prozess gegen die Partei und ihre Führung abgeschlossen hat.

Umfang des Verbots

In der Mitteilung erklärte die Regierung, dass alle Aktivitäten der Partei, einschließlich jeglicher Publikationen, Medien- und Online-Aktivitäten sowie Kampagnen, Prozessionen, Treffen, Versammlungen und Konferenzen, bis zum Abschluss des Verfahrens gegen die Führer und Aktivisten verboten worden seien. Die Entscheidung trat sofort in Kraft.

Folgen für die politische Landschaft

Zusätzlich erklärte die Wahlkommission am Montag, dass die Hasina-geführte Partei nicht an den bevorstehenden Wahlen teilnehmen dürfe. Politische Parteien müssen bei der Wahlkommission registriert sein, um an Wahlen teilnehmen zu können. Ein Regierungsberater warnte zudem, dass jeder, der online Kommentare zur Unterstützung der Awami League abgibt, mit einer Verhaftung rechnen müsse.

Am Sonntag beschuldigte die Awami League die Übergangsregierung, „Spaltung zu schüren“ und „demokratische Normen“ zu verletzen, indem sie ihre Aktivitäten verbiete. In einer Stellungnahme wurde erklärt, das Verbot habe „die Gesellschaft gespalten, die demokratischen Normen erstickt, einen anhaltenden Pogrom gegen Opponenten angeheizt und die Inklusion stranguliert – alles undemokratische Schritte.“

Die Rolle der Awami League in Bangladesch

Die Awami League ist eine der beiden großen Parteien in Bangladesch, einem Land mit einer turbulenten parlamentarischen Demokratie, die von einer gewaltsamen Geschichte von Staatsstreichern und politischen Morden geprägt ist. Hasina, die Tochter des Unabhängigkeitsführers von Bangladesch, Sheikh Mujibur Rahman, verließ das Land am 5. August letzten Jahres und lebt seitdem im Exil in Indien zusammen mit vielen weiteren hochrangigen Parteikollegen und ehemaligen Kabinettsministern. Ihnen wird vorgeworfen, während eines Aufstands gegen Hasinas 15-jährige Herrschaft im Juli und August des letzten Jahres Demonstranten getötet zu haben.

Berichte über Menschenrechtsverletzungen

Das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen berichtete im Februar, dass während der drei Wochen andauernden Proteste gegen Hasina bis zu 1.400 Menschen getötet worden sein könnten. In einem Bericht empfahl das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, von politischen Parteiverboten abzusehen, die eine Rückkehr zu einer echten Mehrparteiendemokratie untergraben und einen großen Teil der Wählerschaft in Bangladesch effektiv entrechtigen würden.

Steigende Spannungen und gewaltsame Proteste

Die Awami League, die in den Jahren 1971 einen neunstelligen Krieg gegen Pakistan um die Unabhängigkeit führte, steht seit Hasinas Sturz unter immensem Druck. Protestierende haben viele ihrer Büros, darunter das Hauptquartier in Dhaka, angegriffen und in Brand gesetzt. Die Partei beschuldigt die Übergangsregierung, Gewalt gegen die Wohnstätten und Geschäfte ihrer Aktivisten und Führer zu fördern. Tausende ihrer Unterstützer seien landesweit verhaftet worden, viele wurden getötet.

Yunus hat erklärt, dass die nächsten Wahlen voraussichtlich entweder im Dezember oder im Juni nächsten Jahres stattfinden werden.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at